



Kölner Erklärung zur 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23.-25. Mai 2023 in Köln

IN ZEITEN VON VERÄNDERUNG GEMEINSAM NEUE WEGE WAGEN

Veränderungen und Wandel sind für die Städte keine neuen Phänomene. Die tiefgreifenden Veränderungen, die durch die Digitalisierung und durch die Veränderungen des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens hin zu Klimaneutralität und Nachhaltigkeit entstehen, vollziehen sich gleichzeitig, und dabei umfassender und schneller als nahezu jeder Wandel zuvor. In dieser Dekade müssen die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen werden, um die Transformation zu gestalten. Der Erfolg ist entscheidend für die Zukunft unserer Städte und damit für die Zukunftschancen unseres Landes. Die Städte wollen gemeinsam neue Wege wagen. Sie sehen in den gegenwärtigen Herausforderungen und Krisen die Chance der Transformation. Neue Wege zu wagen, erfordert Mut. Der Wandel der Städte wird nur gelingen, wenn wir die Stadtgesellschaft noch viel mehr zu unseren Partnern und Verbündeten machen. Ohne sie wird es nicht gelingen.

1. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist die Grundlage

Städte sind Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Entwicklungen: Neue Herausforderungen, die wachsende Diversität unserer Stadtgesellschaften und soziale Schieflagen finden sich auf engstem Raum. Die Städte müssen der rasanten Gleichzeitigkeit der Entwicklungen gerecht werden und unterschiedlichste Interessen ausgleichen. Sie gestalten Politik vor Ort so, dass sie alle Menschen in diesem grundlegenden Veränderungsprozess mitnimmt und Antworten auf Krisen findet. Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Beteiligung, Vielfalt und Toleranz sowie Gleichstellung der Geschlechter. Sie stellen sich ausdrücklich gegen Haltungen, die diese Werte nicht anerkennen und unterminieren, und damit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen für unser Gemeinwohl einsetzen. Angriffe auf Einsatzkräfte, ehrenamtlich Engagierte, Mandatsträger und Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind Angriffe auf unsere Demokratie.

2. Den Alltag bewahren und resilienter werden

Die Stadt wird durch Krise und Wandel eine andere und bleibt doch dieselbe. Krisen werden in den Städten Spuren hinterlassen und Antworten erfordern, die sie resilienter machen. In schwierigen Zeiten sind die Städte die Krisenmanager vor Ort. Sie sorgen dafür, dass der Alltag funktioniert. Sie organisieren das Zusammenleben. Sie sind Anlaufpunkt für die Sorgen und Ängste der Menschen. Die Städte sind es, die Antworten auf Fragen und Entwicklungen geben. Für all das brauchen die Städte den Rückhalt von Bund und Ländern.

Resilienter zu werden heißt auch, die Folgen des Klimawandels vor Ort abzumildern. Hitze, Starkregen und der Verlust an Flora und Fauna verändern die Lebensbedingungen der Menschen grundlegend. Die Städte wollen und müssen die Folgen dieser Entwicklungen abfedern.

3. Die Digitalisierung verschiebt die Grenzen des Möglichen

Städte der Zukunft sind auch auf Daten gebaut. Die digitale Verwaltung ist dabei nur ein Baustein. Vernetzte Mobilitätsangebote, nachhaltiges Konsumieren und Wirtschaften, dezentrale und digital gestützte Energiekonzepte und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Stadtgestaltung gehören zum Leitbild einer Smart City. Mit Künstlicher Intelligenz werden wir Verfahren vereinfachen und Prozesse beschleunigen können. Mit digitalen Zwillingen können wir Visionen ausprobieren oder auch Herausforderungen simulieren, die uns in der realen Welt weiterhelfen und resilienter machen. Das Fundament für das alles ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Deshalb müssen Glasfaser und 5G schneller ausgebaut werden.

Für eine moderne Verwaltung sind digitale Verfahren und IT-Services wichtig. In Verfahren ohne kommunale Handlungsspielräume erwarten die Städte Angebote zentraler Lösungen vom Bund. Vom Antrag auf Kindergeld über die Gründung eines Gewerbes bis zur Zulassung eines Kfz bietet die Digitalisierung bürgerorientierte Dienstleistungen, ohne die persönlichen Kontakte in den Rathäusern ganz zu ersetzen. Wir wollen nicht überall das Rad neu erfinden, sondern in immer gleichen Verfahren mehr Standards setzen. Dafür müssen wir Strukturen und Prozesse hinterfragen und neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit wagen, auch über Ländergrenzen hinweg. Geteilte Herausforderungen sind nur halb so groß.

4. Dem Klimaschutz höchste Priorität einräumen

Für die Städte ist klar, dass sich alle Anstrengungen darauf richten müssen, das 1,5-Grad-Ziel möglichst noch zu erreichen. Die Städte übernehmen Verantwortung. Sie leisten als Planungs- und Genehmigungsbehörden ihren Beitrag, damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt wird. Sie investieren in energetische Gebäudesanierung und fördern Ressourcen- und Energieeffizienz. Eine zentrale Herausforderung der Klimapolitik ist die Wärmewende. Die Städte sind mit ihren dezentralen Strukturen starke Partner, um bei den Wärmenetzen schneller CO₂-neutral zu werden und die Energiewende voranzutreiben.

Der übermäßige Ressourcenverbrauch belastet die Umwelt; die Konflikte um Ressourcen und Flächennutzungen nehmen zu. Konsum und Produktion müssen die begrenzten Ressourcen beachten. Damit müssen die Themen Kreislaufwirtschaft und Suffizienz höchste Priorität für die regionale und kommunale Wirtschaftspolitik erhalten. Der öffentliche Nahverkehr muss als zentraler Bestandteil des Klimaschutzes im Verkehr ausgebaut werden. Die Elektromobilität muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus müssen Städte in Modellprojekte moderner digitaler und vernetzter Mobilität investieren können. Wir wollen den Menschen den öffentlich Raum zurückgeben. Perspektivisch darf das Auto nicht mehr den Takt vorgeben, wegen unserer Gesundheit, Lebensqualität und der Emissionen. Wir gestalten unsere Städte für die Menschen. Klimaschutz ist gemeinsamer Auftrag von Bund, Ländern und Kommunen – Gemeinsamkeit schafft Gemeinwohl.

5. Geflüchteten Schutz und Zuflucht geben

Deutschland hat in den letzten Monaten über eine Millionen Geflüchtete aufgenommen. Dieser Herausforderung haben sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestellt. Die Bereitschaft der Städte, geflüchteten Menschen Schutz und Hilfe zu gewähren, besteht unverändert fort. Aber die Städte stoßen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zunehmend an ihre Grenzen. Die kommunalen Aufnahmekapazitäten für Geflüchtete aus der Ukraine und anderen Ländern sind vielerorts erschöpft. Es fehlt an Wohnraum, Kita- und Schulplätzen sowie an kommunalem Personal. Die Integration der zu uns kommenden Menschen ist unter diesen Bedingungen immer weniger möglich. Ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt muss ein Ziel sein. Menschen, die lange Zeit geduldet in unseren Städten leben, sollen die Chance zu einer sicheren Lebensperspektive hier erhalten. Dazu gehört auch, dass Menschen, für die es diese Perspektive nicht geben kann, in ihre Heimatländer zurückgeführt werden müssen.

Integration braucht einen langen Atem. Es gibt sie nicht zum Nulltarif. Die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern muss dynamisch an die steigenden Flüchtlingszahlen angepasst und verstetigt werden.

6. Arbeits- und Fachkräfte gewinnen – eine zentrale Zukunftsfrage

Der Mangel an Fach- und Arbeitskräften in Deutschland nimmt weiter zu und entwickelt sich zu einem Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Mit dem Ausscheiden der Babyboomer aus dem Erwerbsleben wird sich diese Entwicklung dramatisch zuspitzen. Sie trifft bereits jetzt viele Bereiche der allgemeinen und der technischen Verwaltung, soziale Einrichtungen oder auch die städtischen Unternehmen. Für die Städte wird dies ein zentrales Thema der Zukunft werden. Die Städte müssen viel mehr Dienstleistungen digitalisieren und in der Konkurrenz zu anderen potenziellen Arbeitgebern ihre Anstrengungen intensivieren, um interessante und attraktive Arbeitgeber zu sein. Dies wird am Ende auch eine Frage der Tarifstrukturen im öffentlichen Dienst werden.

Im internationalen Vergleich verliert Deutschland an Attraktivität für ausländische Fachkräfte. Es ist daher notwendig, Fachkräfte gezielt anzuwerben sowie klare und einfache Regelungen für die qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften zu erarbeiten.

7. In der Bildung niemanden zurücklassen

Ohne Bildung keine Chancengerechtigkeit. Die Städte haben in den vergangenen Jahren viel geleistet, vom Auf- und Ausbau einer flächendeckenden und qualitativ guten Kinderbetreuung über das kommunale Engagement für Schulen bis hin zu den Volkshochschulen und Angeboten der kulturellen Bildung etwa in Theatern oder Musikschulen. Wenn der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängt, gefährdet das den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und verfestigt soziale Spaltungen. Wir wollen, dass Kinder gleiche Startchancen haben und dass Menschen jeden Alters teilhaben können. Wichtig dafür ist, schwierige Sozialquartiere mit signifikant geringeren Bildungserfolgen der Kinder besonders in den Blick zu nehmen und dafür Angebote zu schaffen. Der schulische Ganzttag soll den Kindern helfen, ihre Bildungschancen zu verbessern. Er bietet auch den Eltern, besonders Alleinerziehenden, mehr Freiraum für Ausbildung und Beruf. Nachdem Bund und Länder erst viel zu spät die Rahmenbedingungen für die Finanzierung des offenen Ganztags geklärt haben, wird die Bedarfsdeckung im Schuljahr 2026/2027 nicht mehr flächendeckend erreicht werden können. Auch muss sich die Bundesregierung rasch darüber verständigen, die Kindergrundsicherung auskömmlich zu finanzieren. Für eine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut genügt nicht die Zusammenführung bisherige Leistungen, sondern es muss mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

8. Bezahlbares Wohnen nicht allein dem Markt überlassen

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Die Wohnraumförderung und das Stärken neuer Träger für dauerhaft soziales Wohnen bleibt in den kommenden Jahren elementar. Entscheidend ist, Wohnungsbau zu erleichtern, den Mangel an Bauland zu beheben und den Anstieg von Preisen bei Bauland, Baukosten und Mieten zu dämpfen. Wir brauchen eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Die Städte werden weiter Bauland mobilisieren und verdichten müssen, aber so, dass Bauten mit Qualität entstehen und eine soziale Mischung der Bevölkerung in Wohnvierteln gesichert wird. Die Städte sollten wieder aktiv Grundstücke kaufen und erschließen sowie die lokale Bodenpolitik gemeinwohlorientiert steuern können. Einen Schwerpunkt muss dabei die forcierte Förderung des nachhaltigen Bauens und der Modernisierung im Bestand bilden. Digitale Baugenehmigungsverfahren müssen flächendeckend etabliert werden.

9. Die Innenstadt lebt, aber sie muss sich verändern

Die Kaufhauskrise beschleunigt vielerorts einen Prozess, der ohnehin bereits stattfindet: die Transformation der Innenstädte. Wir müssen unsere Zentren zu Orten machen, über die die Menschen sagen: Hier möchte ich gerne sein. Die Städte, der Handel, die Kultur, Gastronomie, Immobilienwirtschaft und die Zivilgesellschaft können eine solche Vision gemeinsam umsetzen. Dabei müssen wir die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen,

ihre Bedürfnisse und Wünsche ernst nehmen – denn auch sie verändern sich. Es geht um einen guten Mix aus Wohnen, Arbeiten, Wirtschaften, Bilden, Leben und Erleben. Dafür braucht es kreative Lösungen, Planung und Ausdauer, aber eben auch die nötigen finanziellen Mittel und regulatorische Rahmenbedingungen, wie das

Aufbrechen von Nutzungstrennungen und Lärmnormen. Aufenthaltsqualität gewinnt für die Innenstädte immer mehr an Bedeutung – wir brauchen saubere und einladende öffentliche Räume mit mehr Grün und Wasser in der Stadt. Die Zentren sind als Orte der Begegnung und zum Austausch, zum Verweilen und zum Ausruhen zentrale Anker der Stadtgesellschaft.

10. Globale Verantwortung leben und stärken

Entscheidungen vor Ort wirken schon längst nicht mehr nur lokal. Wir alle tragen Verantwortung für unseren Planeten und ein friedliches Zusammenleben. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Leipzig Charta 2.0 sind dabei Richtschnur und Verpflichtung. Ohne die Städte im europäischen und globalen Schulterschluss ist die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz nicht zu meistern. Die Städte leben Völkerverständigung und globale Solidarität vor. Ihre Rolle muss im europäischen Gesetzgebungsprozess und in der außenpolitischen Arbeit der Bundesregierung und in internationalen Prozessen wie den G7 stärker anerkannt stärker gewürdigt werden. Nachhaltiges Handeln hat kein Enddatum. Der Bund muss sich bereits heute für einen Folgeprozess der Agenda 2030 auf internationaler Ebene einsetzen sowie seine nationale Strategie vorantreiben.

11. Stabile Finanzen und kommunale Gestaltungsräume sicherstellen

Unsere Städte müssen in die Lage versetzt werden, dauerhaft und verlässlich ihre Aufgaben finanzieren zu können. Zeitlich begrenzte, bürokratische und unflexible Förderprogramme sind nicht der richtige Weg. Die Städte wissen selbst am besten, wie sie ihre Aufgaben wahrzunehmen haben. Sie brauchen das Gängelband der Förderprogramme nicht, sondern einen höheren Anteil am Steueraufkommen. Viel zu lange warten die Städte schon auf eine Lösung der Altschuldenproblematik, sie muss jetzt endlich kommen. Wer bestellt, bezahlt! Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ist immer noch mehr Wunsch als Wirklichkeit. Die Länder sind hier gefordert. Aber auch der Bund muss bei seiner Gesetzgebung die finanziellen Auswirkungen auf die Städte im Blick haben.